

77

AB

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte Mag. Günter Kasal, Mag. (FH) Alexander Pawkowicz, Mag. Dr. Alfred Wansch, Stefan Berger, Michael Niegl und Elisabeth Schmidt betreffend Eigenmittlersatzdarlehen für Wiener, eingebracht in der Spezialdebatte „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung“ im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2018 am 21.11.2017

Gemäß § 7 Abs. 1 WWFSG bildet eine Schiene der Wohnbauförderung das sogenannte Eigenmittlersatzdarlehen. § 17 WWFSG regelt die Details. Abs. 1 soll im Wortlaut wiedergegeben werden: „*Falls einem Mieter die Aufbringung des Finanzierungsbeitrages gemäß § 69 Abs. 1 erster und dritter Satz oder einem Wohnungseigentümer (Wohnungseigentumswerber) die Aufbringung der Eigenmittel gemäß § 8 auf Grund der finanziellen Leistungsfähigkeit, insbesondere nach dem Haushaltseinkommen und der Haushaltsgröße, nicht oder nur zum Teil zumutbar ist, kann ein Eigenmittlersatzdarlehen gewährt werden.*“

Diesem wohnpolitischen Instrument kommt folglich wesentliche Bedeutung bei der Beseitigung von ökonomischen Zugangsbarrieren in den sozialen Wohnbau zu. Zentral ist, dass die durch sozialpolitisch unverantwortliche Kürzungen der rot-grünen Koalition immer knapper werdende Fördermittel den Wienerinnen und Wienern zugutekommen. Deshalb sollen Eigenmittlersatzdarlehen nicht mehr an Drittstaatsangehörige vergeben werden dürfen. Gleichstellungen mit österreichischen Staatsbürgern und EU-Bürgern sind in diesem Punkt aufzuheben.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
Abgelehnt
21. NOV. 2017
PGI-04058-2017/0001-KFP/IGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsena.

B e s c h l u s s a n t r a g:

Der amtsführende Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung wird aufgefordert, im Bereich des Eigenmittlersatzdarlehens gem. § 17 WWFSG Rahmenbedingungen zu schaffen, um in Zukunft lediglich österreichische Staatsbürger und EU-Bürger zu begünstigen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

[Handwritten signatures and initials]